



VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern
des Kommunismus

Förderungswürdige und gemeinnützigen Zwecken dienende
Organisation – Gründung am 09.02.1950

IV B4 Bundesvorstand

VOS-Bundesgeschäftsstelle, Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin

Bundesministerium für Justiz
und Verbraucherschutz
Herrn Minister Heiko Maas

11015 Berlin

Geschäftszeiten:

Dienstag und Donnerstag

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

Berlin.

26. Juni 2014

Referentenentwurf „Opferrente“

Ihr Schreiben vom 17. Juni 2014, AZ: **IV B 4 – 4250/9f – 45 99/2014**

Sehr geehrter Herr Minister,

wir haben Ihre Bitte um Stellungnahme zur geplanten Erhöhung der Opferrente erhalten und werden Ihnen in absehbarer Zeit eine entsprechende Stellungnahme übermitteln.

Grundsätzlich aber möchten wir schon jetzt unser Befremden über Ihren Umgang mit den Opfern kommunistischer Zwangsherrschaft zum Ausdruck bringen. Als Betroffene hätten wir erwartet, bereits im Vorfeld des Referentenentwurfes angehört zu werden.

Aus der Presse müsste auch Ihrem Haus bekannt sein, dass es uns nicht nur um eine Erhöhung der Opferrente, sondern um eine grundsätzliche Überarbeitung des Dritten – SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes geht. In den letzten sieben Jahren sind dessen Schwächen offensichtlich geworden.

Vor allem aber fordern wir eine Aufnahme der bisher nicht entschädigten Opfergruppen. Eine zumindest anteilige Regelung für Haftopfer mit einer Haftzeit unter 180 Tagen und eine Vererbbarkeit der Opferrente adäquat der Witwenrente.

Da die Entschädigung für Menschen die heute zu Unrecht in Haft genommenen werden erhöht wurde, wäre auch von einer Erhöhung der Kapitalentschädigung auszugehen.

Die jetzt vorgesehene Erhöhung der Opferrente um 50 € wird von den Betroffenen eher als eine Verhöhnung wahrgenommen.

VOS-Bundesgeschäftsstelle, Hardenbergplatz 2, Zoobogen, 10623 Berlin, www.vos-ev.de

Telefon: 030 -26 55 23 -80, -81 Fax: 030-26 55 23 82 E-Mail: vos-berlin@vos-ev.de

Postbank Köln - Kontonummer: 186 25 501, BLZ 370 100 50, IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01, BIC PBNKDEFF
Spenden und Beiträge sind steuerlich abzugsfähig. Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg unter Nr. 20148 Nz

Wir ersuchen Sie dringend in Ihren Überlegungen diese Probleme zu berücksichtigen.

Von einer gerechten Regelung könnte man erst dann sprechen, wenn die Opfer des SED- Unrechtsregimes die gleichen Altersbezüge wie der Durchschnitt der Nutznießer der SED-Gewaltherrschaft bekämen. Eine Möglichkeit wäre eine Erhöhung der „Opferrente“ auf 700,00 €.

Gehen Sie davon aus, dass der Referentenentwurf, wenn er uns so wie er von Ihnen uns zur Kenntnis gebracht wurde beschlossen wird, dieses Gesetz bei den Opfern auf massive Ablehnung stößt.

Mit freundlichem Gruß



Rainer Wagner
Bundesvorsitzender